S 13 KO 1618/22

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Baden-Württemberg

Sozialgericht Landessozialgericht Baden-Württemberg

Sachgebiet Sonstige Angelegenheiten

Abteilung 10.

Kategorie Beschluss

Bemerkung -Rechtskraft -Deskriptoren -

Leitsätze Eine Entschädigung für Zeitversäumnis ist

nur dann zu gewähren, wenn durch die Teilnahme an dem Gerichtstermin ein Nachteil entstanden ist. Bei Beteiligten des Verfahrens können eventuelle

Einschränkungen in der Freizeitgestaltung

infolge der Wahrnehmung eines Gerichtstermins i.d.R. nicht als entschädigungspflichtiger Nachteil

angesehen werden.

Normenkette SGG § 191

JVEG § 19 JVEG § 20

1. Instanz

Aktenzeichen S 13 KO 1618/22

Datum 29.06.2023

2. Instanz

Aktenzeichen L 10 KO 2265/23 B

Datum 18.12.2023

3. Instanz

Datum -

Die Beschwerde des Beschwerdef \tilde{A}^{1} /hrers gegen den Beschluss des Sozialgerichts Ulm vom 29.06.2023 wird, soweit sie sich gegen die H \tilde{A} ¶he der festgesetzten Fahrtkosten richtet, als unzul \tilde{A} ¤ssig verworfen; im \tilde{A} Dbrigen wird die Beschwerde zur \tilde{A}^{1} 4ckgewiesen.

Das Verfahren ist geb $\tilde{A}^{1/4}$ hrenfrei. Kosten werden nicht erstattet.

Gründe

Der Beschwerdeführer wendet sich gegen die Höhe seiner Entschädigung anlässlich der Teilnahme an zwei Erörterungsterminen vor dem Sozialgericht Ulm (SG) am 22.02.2022 und 23.06.2022.

Der Beschwerdeführer, der Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II) bezieht, nahm beim SG in eigener Sache an zwei Erörterungsterminen teil, zu denen sein persönliches Erscheinen angeordnet war (am 22.02.2022 von 10:00 bis 11:43 Uhr und am 23.06.2022 von 10:13 bis 11:31 Uhr).

FÃ $\frac{1}{4}$ r den Termin am 22.02.2022 beantragte er eine EntschÃxdigung i.H.v. 113,40 â \Box ¬ (Fahrtkosten fÃ $\frac{1}{4}$ r 126 km à 0,90 â \Box ¬). Er sei von seiner Wohnung losgefahren und nach dem Termin zu einer medizinischen Anwendung in die A1 Therme B1 gefahren.

Fýr diesen Termin setzte die Kostenbeamtin des SG mit Schreiben vom 28.03.2022 eine EntschÃ \times digung i.H.v. 38,50 â \Box ¬ fest (110 km à 0,35 â \Box ¬).

FÃ $\frac{1}{4}$ r den Termin am 23.06.2022 beantragte der BeschwerdefÃ $\frac{1}{4}$ hrer eine EntschÃ $\frac{1}{4}$ digung i.H.v. 132Â â $\frac{1}{4}$ (110 km à 1,20 â $\frac{1}{4}$).

Die Kostenbeamtin des SG setzte die EntschĤdigung i.H.v. 35 â□¬ fest unter Berücksichtigung einer Fahrstrecke von 100 km (Schreiben vom 30.06.2022).

Gegen beide Festsetzungen hat sich der Beschwerdeführer am 06.07.2022 mit seinem Antrag auf richterliche Festsetzung gewandt und geltend gemacht, er habe ein Nutzfahrzeug und keinen Pkw genutzt, weshalb ein höherer Kilometerbetrag anzusetzen sei. AuÃ∏erdem mÃ⅓sse ihm nachgewiesen werden, welche Strecke er gefahren sei.

Mit Beschluss vom 29.06.2023 hat das SG die EntschĤdigung des BeschwerdefA¼hrers anlA¤sslich der Wahrnehmung der Gerichtstermine am 22.02.2022 und 23.06.2022 auf jeweils 35 $\hat{a} \square \neg$, insgesamt 70 $\hat{a} \square \neg$ festgesetzt. Dabei hat es allein Fahrtkosten nach § 5 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 Gesetz über die Vergütung von Sachverständigen, Dolmetscherinnen, Dolmetschern, ̸bersetzerinnen und Ã∏bersetzern sowie die Entschädigung von ehrenamtlichen Richterinnen, ehrenamtlichen Richtern, Zeuginnen, Zeugen und Dritten (Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz, IVEG) berücksichtigt. Für die kýrzeste Route vom Wohnort des Klägers zu dem von ihm nach eigenen Angaben angesteuerten kostenlosen Parkplatz in der F1 in U1 betrage die Entfernung gerundet 50 km, weshalb pauschal und unabhĤngig von der Art des verwendeten Fahrzeugs pro Kilometer 0,35 â□¬ zu entschädigen seien, somit 70 $\hat{a} \Box \neg$ (2 x 100 km \tilde{A} 0,35 $\hat{a} \Box \neg$). Die Fahrt nach B1 im Anschluss an den Gerichtstermin am 22.02.2022 sei nicht zu erstatten, da es sich um eine private Angelegenheit handele. Die Voraussetzungen få¼r einen Verdienstausfall nach §Â§ 19, 22 IVEG (mangels Verdienstausfalls), eine AufwandsentschĤdigung nach <u>§Â§ 19 Abs. 1</u>, <u>6 Abs. 1 IVEG</u> (Tagegeld â∏∏ mangels Abwesenheit von mehr als

acht Stunden) oder eine EntschĤdigung für Nachteile bei der Haushaltsführung nach §Â§ 19, 21 JVEG (wegen des Bezugs von Erwerbsersatzeinkommens) seien nicht erfüllt. Es sei auch keine Entschädigung für Zeitversäumnis nach §Â§ 19, 20 JVEG zu gewähren, denn ein Prozessbeteiligter, dessen Verfahrensstellung und eigenes Interesse am Verfahrensausgang sich deutlich von der Situation eines Zeugen unterscheide, erleide durch die Anordnung seines persönlichen Erscheinens zu einem Gerichtstermin oder einer Begutachtung grundsätzlich keinen Nachteil (mit weiteren Nachweisen aus der Rechtsprechung). Wegen der grundsätzlichen Bedeutung der Rechtsfrage zur Entschädigung für Zeitversäumnis hat das SG die Beschwerde zugelassen.

Mit seiner Beschwerde vom 03.08.2023 macht der Beschwerdeführer geltend, sein Fahrzeug sei kein Pkw, weshalb die Kostenannahme von 0,35 â□¬/km falsch sei. Es solle ihm nachgewiesen werden, dass auch Lkw in diese Kategorie fielen. Bezüglich des Termins am 22.02.2022 könne er nichts dafür, dass er von der Richterin â□□genötigtâ□□ worden sei, direkt vom Gericht zur zwingend erforderlichen medizinischen Anwendung zu fahren. Zudem sei nicht gerechtfertigt, geschätzte Kilometerangaben anstelle der von ihm angegebenen tatsächlichen Kilometer zu berücksichtigen.

Hinsichtlich der weiteren Einzelheiten des Sachverhalts und des Vorbringens der Beteiligten wird auf die Gerichtsakten beider Rechtszüge sowie die Akten S 17 AS 344/22 ER und S 17 AS 9/22 Bezug genommen.

II.

̸ber die nach <u>§ 4 Abs. 3 JVEG</u> dem Grunde nach statthafte Beschwerde entscheidet der nach dem Geschäftsverteilungsplan für Kostensachen zuständige 10. Senat nach <u>§ 4 Abs. 7 Satz 2 JVEG</u> durch seine berufsrichterlichen Mitglieder ohne Mitwirkung ehrenamtlicher Richter (<u>§ 4 Abs. 7 Satz 3 JVEG</u>), da die Einzelrichterin das Verfahren wegen grundsätzlicher Bedeutung dem Senat übertragen hat.

Zulässiger Gegenstand des Beschwerdeverfahrens ist allein die Frage, ob dem Antragsteller fýr die Teilnahme an den Erörterungsterminen eine Entschädigung wegen Zeitversäumnis zu gewähren ist. Nur insoweit hat das SG die Beschwerde wegen grundsätzlicher Bedeutung zugelassen, wie sich zwar nicht aus dem Tenor, jedoch â☐ was ausreicht â☐ eindeutig aus den Grþnden der Entscheidung ergibt. Damit ist die Zulassung wirksam auf diesen Teil der Entscheidung beschränkt (vgl. Weber in Toussaint, Kostenrecht, 53. Aufl., JVEG, § 4 Rn. 49; Bundessozialgericht 21.04.1999, B 5/4 RA 25/97 R, Rn. 17 m.w.N.; Bundesgerichtshof 21.12.1988, IVb ZB 87/88, zitiert â☐ wie sämtliche Rechtsprechung â☐ nach juris).

Soweit sich der Beschwerdeführer gegen die Höhe der festgesetzten Fahrtkosten wendet, ist die Beschwerde schon unzulässig, denn angesichts der geforderten Fahrtkosten von insgesamt 245,40 â \Box ¬ (113,40 â \Box ¬ für den Termin am 22.02.2022 und 132 â \Box ¬ für den Termin am 23.06.2022) und der tatsächlich

erstatteten Fahrtkosten von 73,50 â \Box ¬ (eine RÃ 1 /4ckforderung der Ã 1 /4berzahlten 3,50 â \Box ¬ ist nicht erfolgt, vgl. S. 4 Kostenakte S 17 AS 344/22 ER) wird der Beschwerdewert von 200 â \Box ¬ ($\underline{\hat{A}}$ S $\underline{\hat{A}}$ 4 Abs. $\underline{\hat{A}}$ 3 JVEG) mit einer Differenz von 171,90 â \Box ¬ nicht $\underline{\hat{A}}$ 1/4berschritten. Dabei bleibt es auch, wenn die streitige Entsch $\underline{\hat{A}}$ 2 digung f $\underline{\hat{A}}$ 1/4r Zeitvers $\underline{\hat{A}}$ 2 umnis (dazu nachfolgend) hinzugerechnet wird. Das Vorbringen des Beschwerdef $\underline{\hat{A}}$ 1/4hrers zur H $\underline{\hat{A}}$ 9 he der Fahrtkostenerstattung ist damit f $\underline{\hat{A}}$ 1/4r das vorliegende Beschwerdeverfahren irrelevant und geht an der Sache vorbei.

Für die Zeitversäumnis aufgrund der Wahrnehmung der Erörterungstermine am 22.02.2022 und 23.06.2022 ist dem Beschwerdeführer keine Entschädigung zu leisten.

Nach § 191 Sozialgerichtsgesetz (SGG) werden einem Beteiligten, der â∏ wie hier der Beschwerdeführer â∏ zu dem durch Kostenfreiheit privilegierten Personenkreis des § 183 SGG gehört und dessen persönliches Erscheinen angeordnet war, auf Antrag bare Auslagen und Zeitverlust wie einem Zeugen vergütet. Die Entschädigung ergibt sich aus dem JVEG. Die Entschädigungstatbestände (für einen Zeugen) sind in § 19 JVEG aufgelistet; hierzu gehört auch die Entschädigung für Zeitversäumnis nach § 20 JVEG. Diese beträgt 4 â∏¬ je Stunde, soweit weder für einen Verdienstausfall noch für Nachteile bei der Haushaltsführung eine Entschädigung zu gewähren ist, es sei denn, dem Zeugen ist durch seine Heranziehung ersichtlich kein Nachteil entstanden.

Die Voraussetzungen f \tilde{A}^{1} /4r eine solche Entsch \tilde{A} ×digung sind im vorliegenden Fall nicht gegeben.

Fehlt es \hat{a}_{\square} wie hier \hat{a}_{\square} an entsprechenden Angaben, ist davon auszugehen, dass dem Beschwerdef \tilde{A}_{4} hrer als Bezieher von Leistungen nach dem SGB II durch die gerichtliche Heranziehung kein Nachteil entstanden ist. Im Entsch \tilde{A}_{2} digungsantrag f \tilde{A}_{4} r den Termin am 22.02.2022 hat der Beschwerdef \tilde{A}_{4} hrer nicht einmal seine Abwesenheitszeiten an der entsprechenden Stelle des Formulars eingetragen, so dass er schon selbst nicht zu erkennen gegeben hat, dass ihm \tilde{A}_{4} berhaupt eine Zeitvers \tilde{A}_{2} umnis entstanden ist. Damit ist ihm \hat{a}_{2} ersichtlich \hat{a}_{3} kein Nachteil entstanden (so auch Bayerisches Landessozialgericht \hat{a}_{3} LSG \hat{a}_{3} 24.11.2016, L 15 RF 31/18 und 30.07.2012, L 15 SF 439/11).

Aber auch für den Termin am 23.06.2022, für den der Kläger eine Abwesenheitszeit von zuhause von ca. 9:00 bis 12:30 Uhr angegeben hat, ist keine Entschädigung zu leisten. Denn ein Prozessbeteiligter, dessen Verfahrensstellung und eigenes Interesse am Verfahrensausgang sich deutlich von der Situation eines Zeugen unterscheidet, erleidet durch die Anordnung seines persönlichen Erscheinens zu einem Gerichtstermin in eigener Sache keinen Nachteil. Aufgrund seines Interesses am Verfahrensausgang muss ein Prozessbeteiligter bereit sein, mehr hinzunehmen, als einem Zeugen zugemutet werden kann (vgl. Hessisches LSG 23.06.2009, L 2 SF 54/08; Weber in Toussaint, a.a.O., § 20 Rn. 10). Eventuelle Einschränkungen in der Freizeitgestaltung infolge der Durchführung eines Gerichtstermins in eigener Sache können bei einem Prozessbeteiligten daher nicht

als entschädigungspflichtiger Nachteil angesehen werden (vgl. Thþringer LSG 30.06.2020, L 1 JVEG 122/20 und 28.11.2019, L 1 JVEG 967/19; SG Karlsruhe 26.10.2017, S 1 KO 3624/17; Bleutge in BeckOK Kostenrecht, Stand 01.10.2023, JVEG, § 20 Rn. 10; KrauÃ□ in BeckOGK SGG, Stand 01.11.2023, § 191 Rn. 33; Lange in jurisPK-SGG, Stand 15.06.2022, §Â 191 Rn. 36; a.A. Bayerisches LSG 24.11.2016, L 15 RF 31/18 und 30.07.2012, L 15 SF 439/11).

Die Kostenentscheidung beruht auf <u>§ 4 Abs. 8 JVEG</u>.

Dieser Beschluss ist nicht anfechtbar (§ 4 Abs. 4 Satz 3 IVEG).

Â

Erstellt am: 19.01.2024

Zuletzt verändert am: 23.12.2024